

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Strukturberichterstattung - STABEX II - US-Antiinflationsprogramm - US-Dollar

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1978) : Kurz kommentiert: Strukturberichterstattung - STABEX II - US-Antiinflationsprogramm - US-Dollar, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 11, pp. 533-534

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135248>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Strukturberichterstattung

Ersatzlose Streichung?

Von der im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums zu erstellenden Strukturberichterstattung (SBE) ist kein praktisches Ergebnis zu erwarten – so zumindest lautet der Tenor eines Antrages der CDU/CSU-Mitglieder im Haushaltsausschuß des Bundestages, die veranschlagten Mittel zur SBE ersatzlos zu streichen. Begründet wird dieser Antrag mit der Behauptung, die bisherigen Angaben und Pläne zu dieser Aufgabe seien zu vage, widersprüchlich und theoretisch.

Diese Auffassung stützt sich offensichtlich auf die von fünf Wirtschaftsforschungsinstituten im August 1977 vorgelegten „Vorstudien“. Deren Aufgabe war es, die theoretischen, methodischen und statistischen Voraussetzungen einer SBE zu prüfen. Da mit diesem Vorhaben wissenschaftliches Neuland betreten wurde, kann der rein theoretische Charakter der Vorstudien aber eigentlich nicht verwundern. Analyseergebnisse sollten hier nicht dargestellt werden. Dies wird vielmehr Aufgabe der im August 1979 vorzulegenden Zwischenberichte sein.

Auch der Vorwurf, die Konzeptionen seien widersprüchlich, ist unhaltbar. Denn die Vorstudien haben weitgehende Übereinstimmungen zwischen den Instituten gezeigt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen nur bei der Einschätzung der Anwendungsmöglichkeiten verschiedener Methoden. Dies stellt jedoch prinzipiell keinen Nachteil dar. Denn die Heranziehung alternativer methodischer Verfahren kann sich in der Frühphase der SBE durchaus als fruchtbar erweisen.

Ebenso unbegründet erscheint die Behauptung, der Auftrag sei zu vage und gewährleiste deshalb keine praktischen Ergebnisse. Nicht nur die im Auftrag erfolgte Zielbestimmung, sondern auch das einheitlich vorgegebene Branchenraster sowie die Vorgabe zentraler ökonomischer Variablen beinhalten für die Institute einen konkreten Forschungsrahmen.

Angesichts des erheblichen Gewichts struktureller Probleme sowie der Höhe der bisher im Rahmen der Strukturpolitik eingesetzten Mittel erscheint die Frage angemessen, ob sich die Wirtschaftspolitik weiterhin einen punktuellen, an partiellen Zielen orientierten Interventionismus leisten kann. Dabei ist es beachtenswert, daß gewisse Politiker gegen den geplanten Einsatz von Subventionen

und Steuererleichterungen des Bundes in Höhe von ca. 14 Mrd. DM für 1978 keine Einwände geltend machen, aber gleichzeitig Ausgaben, die u. a. der Überprüfung der Zweckmäßigkeit des strukturpolitischen Instrumenteneinsatzes dienen, ablehnen, obwohl die Ausgaben für die SBE nur einen winzigen Bruchteil der Subventionsausgaben ausmachen.

Dabei dient die SBE in vielfältiger Weise einer Erhöhung der Effizienz der Strukturpolitik. So kann frühzeitig auf strukturelle Fehlentwicklungen aufmerksam gemacht und die Transparenz des strukturpolitischen Mitteleinsatzes erhöht werden. Ferner erhält der Staat Hilfestellung bei der Suche nach geeigneten strukturpolitischen Strategien. Nicht zuletzt dient die SBE als Informationssystem für die Unternehmen.

Aufgrund der genannten Argumente wird die SBE nicht nur von der Bundesregierung, der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, den Gewerkschaften sowie allen Wirtschaftsforschungsinstituten für notwendig erachtet; auch von Arbeitgeberseite liegen inzwischen positive Stellungnahmen vor. Um so unverständlicher ist, warum sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dieser Frage als „Nein-Sager“ erweist. stg

STABEX II

Unerwartete Variante

Wie unterschiedlich die Neuverhandlung des Lomé-Abkommens in ihrer Tragweite von den Parteien interpretiert wird, wurde wieder einmal deutlich, als die AKP-Staaten kürzlich in die seit dem 24. Juli 1978 laufenden Verhandlungen die Forderung einbrachten, künftig ihre gesamten Ausfuhren in das Stabilisierungssystem für Exporterlöse einzubeziehen und damit die bisherige Beschränkung auf bestimmte Rohstoffe und deren Exporte in den EG-Raum fallen zu lassen. Darüber hinaus sollen die finanziellen Mittel erheblich aufgestockt und durch die AKP-Staaten autonom verwaltet werden.

Auf Seiten der EG-Kommission, die wohl allenfalls die Beseitigung mehr oder weniger technischer Unzulänglichkeiten des Systems anstrebte, zeigte man sich angesichts dieser Maximalforderung perplex. Allerdings erscheint ihre Überraschung insofern etwas gekünstelt, als man nicht erwarten konnte, daß die AKP-Staaten die uneinheitliche Position der EG hinsichtlich einer Ausweitung des Warenspektrums ungenutzt lassen würden. Ob-

wohl sich der EG-Ministerrat noch im März gegen eine Aufnahme mineralischer Rohstoffe ausgesprochen hatte, regte bekanntlich Bundeskanzler Schmidt inzwischen die Einbeziehung von Kupfer an. Der Anspruch auf Selbstverwaltung des STABEX durch die AKP-Staaten mag zwar für manche eine unerwartete Variante darstellen, liegt aber ganz auf der von den Entwicklungsländern seit langem verfolgten Linie, das System vom EG-Ermessen zu befreien, es weitgehend zu automatisieren und eine möglichst extensive Einschlußpflicht der EG-Staaten zu erreichen. Nicht mehr kalkulierbare finanzielle Belastungen sowie der Verlust der Kontrolle über die Verwendung der STABEX-Mittel dürften jedoch für die EG unannehmbar sein, so daß vermutlich beim Warenspektrum und der Aufstockung des Stabilisierungsfonds der Kompromiß zu finden sein wird.

bo

US-Antiinflationsprogramm

Ehrgeizige Ziele

Die inflationäre Entwicklung in den USA hat sich in diesem Jahr — begünstigt durch die expansive Wirtschaftspolitik — auf breiter Front spürbar verstärkt. Abgesehen von der Verteuerung der Nahrungsmittel trug dazu die bei abgeflachtem Produktivitätsanstieg verstärkte Zunahme der Lohnstückkosten bei. Weitere Impulse auf den Preisauftrieb gingen von der Dollarabwertung aus. Mit Lohn- und Preisleitlinien strebt die US-Regierung nun eine Verringerung der Inflationsrate von gegenwärtig mehr als 8% im Vorjahresvergleich auf 6½% Ende 1979 an. Nachdem die Appelle an die Tarifpartner zu freiwilliger Beschränkung ihrer Forderungen im Frühjahr erfolglos geblieben waren, ist jetzt für Unternehmen, die sich nicht an die Preisleitlinie halten, ein Entzug öffentlicher Aufträge vorgesehen. Andererseits soll den Arbeitnehmern eine Reallohngarantie in Höhe des Produktivitätsanstiegs gewährt werden.

Die ehrgeizigen Ziele der Regierung werden auf diese Weise wohl kaum zu erreichen sein. Bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage und angesichts des geringen Reallohnanstiegs der letzten Jahre ist eine freiwillige Zurückhaltung der Gewerkschaften in der kommenden „großen“ Lohnrunde wenig wahrscheinlich. Die geplante Reallohngarantie dürfte nicht ausreichen, die angestrebte Lohnzurückhaltung herbeizuführen. Die angeordnete Streichung öffentlicher Aufträge wird allenfalls allmählich preisdämpfend wirken.

Neue Anstöße für die Preisentwicklung werden dagegen zu Anfang des nächsten Jahres von der Erhöhung der Sozialversicherungsabgaben und

der Mindestlöhne sowie von der absehbaren Heraufsetzung des Rohölpreises ausgehen. So ist, abgesehen von den Nahrungsmitteln, eher mit einer weiteren Beschleunigung des Preisauftriebs zu rechnen. Der jüngste Übergang auf eine stärker stabilitätsorientierte Geld- und Finanzpolitik und die zu erwartende Abschwächung der konjunkturellen Expansion werden die Preisauftriebskräfte kaum rasch dämpfen. Der Druck in Richtung weiterer wirtschaftspolitischer Restriktionen oder verschärfter Eingriffe in die Lohn- und Preisbildung dürfte so noch zunehmen. sp

US-Dollar

Tendenzwende oder Intermezzo?

Die jüngsten Maßnahmen der USA zur Dollarstützung haben fast ausschließlich euphorische Reaktionen ausgelöst. Es wird bereits von einer „wirklichen Wende“ und einer „Rückkehr des Vertrauens in den Dollar“ gesprochen. In der Tat stieg der Dollarkurs innerhalb von nur zwei Tagen von 1,72 auf zeitweise über 1,90 DM, ein Umschwung, wie es ihn am Devisenmarkt in der Nachkriegszeit noch nicht gegeben hat. Bemerkenswert ist dabei nicht nur das Ausmaß des Interventionspotentials (30 Mrd. \$), sondern vor allem der grundsätzliche Sinneswandel der Carter-Administration, die mit ihrer Bereitschaft zum Rückgriff auf 3 Mrd. \$ der amerikanischen Reserveposition beim IWF endlich ihre Verantwortung für den Dollar demonstriert. Darüber hinaus sind die USA nach langem Zögern auch dem Vorschlag anderer Staaten gefolgt, sich über die Emission von Fremdwährungsanleihen weitere Devisen zur Dollarstützung zu beschaffen.

Trotzdem ist weiterhin Skepsis angebracht. Denn offen bleibt nicht nur, weshalb die Carter-Regierung sich erst jetzt zu derart drastischen und publizitätsträchtigen Aktionen entschlossen hat, sondern vorerst auch, ob der Sinneswandel echt und dauerhaft ist. Die bisherigen Erfahrungen lassen hier einige Bedenken aufkommen. Vertrauen in den Dollar kann aber nur dann wiederhergestellt werden, wenn es sich nicht um neuerliche Lippenbekenntnisse handelt, sondern die reichlich zur Verfügung stehenden Mittel auch genutzt werden. Außerdem müssen selbst massive Interventionen mittelfristig wirkungslos bleiben, solange die USA die zentralen Ursachen des Dollarverfalls nur unzureichend bekämpfen: die hohen Inflationsraten, die weiterhin ungehemmte Energieverschwendung und die damit einhergehenden hohen Handelsbilanzdefizite. Mögen die psychologischen Belastungen auch kleiner geworden sein, die fundamentalen Probleme sind geblieben. ap